

Offiziere wollen Schliessung von Militärflugplatz Sion stoppen

Armeenaher Organisationen fordern einen Marschhalt, bis Entscheid über neue Kampfjets gefallen ist

VON LORENZ HONEGGER

Jahrzehntlang starteten in Sion Flugzeuge der Schweizer Luftwaffe. Ende 2017 soll damit Schluss sein. Ab dem 31. Dezember wird die Armee nach dem Willen des Bundesrates den regelmässigen Militärflugbetrieb im Wallis einstellen und den Standort nur noch in Ausnahmefällen nutzen. Sion wird zu einem rein zivilen Flughafen. Zum Beispiel für die wachsende Zahl an superreichen Wintertouristen, die mit dem Privatjet ins Wallis fliegen.

Doch nun regt sich Widerstand. Die Schweizerische Offiziersgesellschaft und zahlreiche weitere armenahere Gruppierungen wollen die Schliessung des Sittener Militärflugplatzes in letzter Minute stoppen. Sie kritisieren, der Schritt schränke den Spielraum für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge erheblich ein. Ihre Befürchtung ist, dass der Kauf von 55 bis 70 neuen Kampfjets nicht mehr möglich sein wird, wenn die Luftwaffe nur noch über die Flugplätze Payerne, Meiringen und Emmen verfügt.

«Der Standort Sion muss erhalten bleiben, bis die Zahl der zu beschaffenden Flieger feststeht», fordert Stefan Holenstein, Präsident der Offiziersgesellschaft, auf Anfrage. Sonst werde der Entscheid vorweggenommen.

Zu wenig Flugplätze für 70 Jets

Die Zahl von 55 bis 70 Kampfjets steht als Maximalvariante in den Empfehlungen der Expertengruppe von Verteidigungsminister Guy Parmelin. Das Ende Mai veröffentlichte Papier bildet die Grundlage für die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges. Die Kosten dafür betragen bis zu 14 Milliarden Franken. Die Offiziersgesellschaft hat sich bereits öffentlich für die teuerste Option ausgesprochen. Präsident Holenstein argumentiert, ohne die Kapazitäten in Sion sei diese Variante «kaum mehr möglich».

Der Aviatikexperte Max Ungricht bestätigt, dass sich eine so grosse Anzahl Flieger wohl nicht von den Flugplätzen



Bald ein Bild der Vergangenheit? Eine F/A-18 in Sion.

Keystone

Payerne und Meiringen alleine betreiben lässt. Der dritte Standort Emmen sei ein Werksflughafen, der nur in Ausnahmefällen für militärische Operationen infrage komme.

Eine Konzentration auf zwei Standorte mache zwar aus Kostengründen Sinn, stelle aus militärtaktischen Überlegungen jedoch ein erhebliches Risiko

dar. Im Ernstfall könnte die Luftwaffe von einem Gegner viel schneller ausser Gefecht gesetzt werden. «Ich kenne kein westeuropäisches Land, das auf einem Flugplatz drei oder vier Staffeln stationiert», sagt Ungricht. Aus fachlicher Sicht fände er es «im Sinn einer Dezentralisierung» sinnvoll, wenn Sion offenbleibt.

Mit Wohlwollen reagiert der für das Walliser Sicherheitsdepartement zuständige FDP-Staatsrat Frédéric Favre auf die Forderung der Offiziersgesellschaft: Das Militär ist im Alpenkanton ein gern gesehener Arbeitgeber. «Die Armee ist im Wallis immer willkommen gewesen und wird es auch bleiben.» Der Kanton sei offen, was die künftige Nutzung des Standorts als Ausweichflugplatz für die Luftwaffe anbelange. Favre betont aber auch, dass das Wallis die zivile Zukunft des Flughafens mit dem Bund bereits in einer Vereinbarung festgelegt habe.

VBS zeigt die kalte Schulter

Weniger verständnisvoll äussert sich das Verteidigungsdepartement (VBS) zum Vorpreschen der Offiziere: Die Schliessung des Sittener Militärflugplatzes sei bereits «mehrfach kommuniziert» worden. Ob dies den Entscheid über die Anzahl der zu kaufenden Kampfjets präjudiziert, will Sprecher Renato Kalbermatten nicht kommentieren. Der Bundesrat werde noch in diesem Jahr einen Richtungsentscheid zur Erneuerung der Luftverteidigung fällen. Bis dahin werde das Departement keine weiteren Fragen beantworten.

Am meisten Freude an einer Beibehaltung des Militärflugplatzes Sion hätte vermutlich nicht die Walliser, sondern die Luzerner Bevölkerung. Denn am Standort Emmen (wie auch in Payerne und Meiringen) wird der Fluglärm ab kommendem Jahr als Folge der Schliessung des Militärflugplatzes Sion zunehmen: Die Luftwaffe rechnet im Kanton Luzern mit rund 20 Prozent mehr Bewegungen von Armeeflugzeugen als bisher, und das teilweise über dicht besiedeltem Gebiet.

Der Forderungskatalog der Offiziere geht übrigens noch weiter. Sie verlangen auch, dass der Flugplatz Buochs im Kanton Nidwalden als «Sleeping Base» - als schlafende Basis - beibehalten wird. Das heisst: Im Ernstfall soll der Standort wieder voll militärisch nutzbar sein. Doch auch hier signalisiert das VBS, die Würfel seien bereits gefallen.

Bundesplatz



FDP-Präsidentin **Petra Gössi** soll nicht nur Bundesrätin werden, wie SVP-Nationalrat **Ulrich Giezendanner** in der «Nordwestschweiz» forderte. Sondern sie sollte auch aus 3500 Metern Höhe in die Tiefe springen, mit einem Fallschirm-Tandem-Sprung über 40 Sekunden. 92 Prozent der Zuschauer der SRF-Sendung «Donnschtig-Jass» trauten Gössi diesen Sprung für den Publikumsbewerb zu, acht Prozent nicht. Natürlich bekamen die 92 Prozent Recht. Gössi wagte den Sprung, der 40 Sekunden dauerte. Als sie wieder auf festem Boden landete, fand sie nur zwei Wörter: «Super, sensationell.» Und als Gössi die Bilder zu sehen bekam, kullerte sogar eine Träne über ihre Wange - und **Roman Kilchsperger** versprach: «Ich wähle nur noch FDP.»

Im Mai hatte Politologe **Claude Longchamp** seinen letzten Auftritt als TV-Experte am Abstimmungssonntag - danach ging es auf eine mehrwöchige Reise. Jetzt ist der früh pensionierte Mann mit der Fliege zurück in Bundesbern, wo er sich sogleich auf Shopping-Tour begab. Jedoch kaufte sich Longchamp keine Fliegen, sondern 13 neue Bücher. Bei einem Grossteil, wen wundert's, gehts um Politik!

Andri Silberschmidt, Präsident der Jungfreisinnigen, lieferte sich diese Woche im «Blick am Abend» ein Streitgespräch mit Juso-Präsidentin **Tamara Funciello**. Das Thema: Poststellen-Schliessungen. Der junge Liberale hat kein Problem damit, wenn die der gelbe Riese unrentable Schalter dichtmacht. Die Juso-Chefin jedoch sorgt sich um das Schicksal der Angestellten. Auf Twitter stichelte Silberschmidt nach Erscheinen des Schlagabtauschs weiter: «Würden wir auf die JUSO hören, wären wir im Zeitalter der Postkutschen stecken geblieben ...» Dazu stellte er passend das Emoticon eines Pferdes. Funciello hat bis jetzt noch nicht auf die Provokation reagiert.

Smartvote ist Opfer des eigenen Erfolgs – und sucht nach Geld

Jeder fünfte Schweizer Wähler benutzt Smartvote. Die Zukunft ist dennoch ungewiss.

VON ANTONIO FUMAGALLI

Zurzeit haben sie wieder Hochkonjunktur, die Smartspiders. Wie immer, wenn ein wichtiger Posten - derzeit: ein Bundesratsitz - neu zu vergeben ist, veröffentlichen die Medien gerne die kreisförmigen Grafiken von Kandidaten und vergleichen sie mit denjenigen der Konkurrenten. Auf acht Achsen, auf denen für Überbegriffe wie «Offene Aussenpolitik», «Ausgebauter Umweltschutz» oder «Restriktive Finanzpolitik» Werte zwischen 0 und 100 stehen, kann die thematische Positionierung der Politiker zwar simplifiziert und unvollständig, aber dafür prägnant dargestellt werden.

Diese Smartspiders stammen von der Online-Wahlhilfe Smartvote, die vom Verein Politools betrieben wird. Politogeograf Michael Herrmann entwickelte die Idee schon vor mehr als fünfzehn Jahren. Smartvote hat sie in Zusammenarbeit mit Herrmanns Forschungsstelle Sotomo weiterentwickelt und für die eigenen Bedürfnisse angepasst. Denn die Wahlhilfe ist weit mehr als nur das politische Spinnennetz: Das Grundgerüst ist ein ausführlicher Fragebogen, den Kandidaten freiwillig aus-

füllen. Die Wähler beantworten die gleichen Fragen und sehen danach auf einer Liste - der Wahlempfehlung -, welche Politiker mit ihnen die grösste Übereinstimmung aufweisen.

Bei den eidgenössischen Wahlen 2015 haben 85 Prozent der 3300 Kandidierenden teilgenommen, über 1,3 Millionen Wahlempfehlungen wurden ausgestellt - mit durchaus gewünschter Wirkung, wie Studien von Politologe Andreas Ladner und dem Zentrum für Demokratie in Aarau zeigen. «Die Wahlbeteiligung dürfte sich dank Smartvote um rund ein Prozent erhöht haben - das ist beachtenswert», sagt Ladner, der dem Projekt seit je wissenschaftlich zur Seite steht. Welche Partei am meisten von den «Smartvote-Wählern» profitiert, könne aufgrund der statistischen Verzerrungen nicht abschliessend beurteilt werden. Es habe sich aber gezeigt, dass links-grüne Wähler das Tool überdurchschnittlich benutzten, so Ladner.

«Es ist unser Baby»

Über die Jahre hinweg ist die Wahlhilfe Opfer ihres eigenen Erfolgs geworden - das Geld ist stetig knapp. «Uns fehlen im Schnitt rund 150 000 Franken pro Jahr», sagt Gründungsmitglied Jan Fivaz. Besonders ins Gewicht fallen neben den Personalkosten die Aufwendungen für die IT-Infrastruktur. Die Einnahmen, die vor allem durch den Verkauf von Smartspiders an

Medien, Beiträgen von Parteien und Geldern aus Lotteriefonds und Stiftungen generiert würden, reichten nicht aus, sodass die Mitarbeiter rund 20 Prozent ihres Arbeitspensums in Form von unbezahlten Überstunden leisten würden, so Fivaz. «Es ist unser Baby und wir erachten Smartvote als wichtig für die Schweizer Demokratie, also sind wir auch bereit dazu. Aber wir müssen uns jedes Jahr wieder die Frage stellen, ob wir noch weitermachen wollen.»

Diesen Frühling hat Smartvote neue Wege beschritten und die Online-Community mittels Crowdfunding um Unterstützung gebeten. Nicht ohne Erfolg - statt der anvisierten 25 000 Franken haben Spender über 45 000 Franken zugesichert. Mit dem Geld soll die Website optisch und inhaltlich aufgefrischt werden.

Die langfristige Finanzierung ist damit freilich noch nicht sichergestellt. Die vergleichbare Plattform in Deutschland wird vom Staat finanziert, in der Schweiz stellt sich diese Frage jedoch nicht - zumal die bereits jetzt von den Parteien angemeldeten Begehrlichkeiten bezüglich Fragebogen mit Sicherheit zunehmen würden. Mehr Geld könnte von Stiftungen und Mäzenaten kommen. Oder dann von den einzelnen Wählern. Jan Fivaz: «Ideal wären ganz viele kleine Spender - so bleiben wir unabhängig und haben dennoch genügend Mittel.»

Aussenminister muss Englisch beherrschen

Knapp 50 Prozent halten Sprachkenntnisse laut einer Umfrage für entscheidend

Was haben Guy Parmelin, Ueli Maurer und Eveline Widmer-Schlumpf gemeinsam? Genau, sie alle sprechen ein eher dürftiges Englisch. Als Bundesratskandidat sorgte Parmelin für Hohn und Spott, als er einem Radiojournalisten im Dezember 2016 zu Protokoll gab: «I can English understand, but je préfère répondre en français.»

Derlei Peinlichkeiten sollen der Eidgenossenschaft auf dem internationalen Parkett erspart bleiben. In einer Online-Umfrage des Zürcher Marktforschungsinstituts Marketagend erklärten 44,7 Prozent der Befragten, der neue Aussenminister oder die neue Aussenministerin sollte der englischen Sprache mächtig sein.

Noch wichtiger ist den Umfrageteilnehmern nur, dass Didier Burkhalter's Nachfolger oder Nachfolgerin die Neutralität der Schweiz verteidigt (54 Prozent) international vernetzt (53 Prozent) und eine integre

Persönlichkeit ist (51,2 Prozent). 33,5 Prozent wünschen sich, dass der neue starke Mann oder die neue starke Frau im Aussendepartement bei den Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen Fortschritte erzielt.

Geschlecht ist sekundär

Keine grosse Rolle spielt es den 510 zufällig ausgewählten Befragten, ob es sich beim künftigen Chef des Aussendepartements um eine Frau oder einen Mann handelt. Nur gerade 5,7 Prozent wünschen sich primär eine Frau, 6,5 Prozent einen Mann.

Auch in Sachen sprachregionaler Herkunft zeigen sich die Befragten offen. Nur für 5,9 Prozent ist es wichtig, dass der künftige Aussenminister ein Tessiner ist. 5,1 Prozent wollen, dass ein Deutschschweizer in die Kränze kommt und nur 4,1 Prozent, dass es ein Romand sein wird. (LHN)